

Frankreichs AKW-Gegner fordern Volksabstimmung über Atomenergie statt Islam-Debatte

„Statt über den Islam zu debattieren, sollten wir eine Volksabstimmung über die Atomenergie organisieren“, fordert die – bürgerliche – Ex-Umweltministerin Corinne Lepage in Anspielung auf die Islam-Diskussion, die Präsident Sarkozy dekretiert hat. Frankreich ist mit 58 Atommeilern das Land mit der höchsten AKW-Dichte der Welt, rund 80 Prozent des Stroms kommen aus dem Atom. Der Vorteil ist der vergleichsweise geringe Anteil an CO₂-hältigen Energiegewinnungs-Formen in Frankreich, trotzdem ist die atomare Monokultur zunehmend umstritten. Als Reaktion auf die Meldungen aus Japan kam es bereits am Wochenende zu landesweiten Protesten der AKW-Gegner.

„Die französischen Nuklearanlagen sind vielfach überaltert und mehrere befinden sich in Überschwemmungsgebieten oder an Erdbeben-gefährdeten Schnittstellen, ohne dass dieses Risiko besonders berücksichtigt würde“, warnt der Physiker Roland Desbordes, Vorsitzender der „Unabhängigen Informationskommission über Radioaktivität“. Diese Kommission wurde von Umweltschützern gegründet, weil sich in der staatlichen Kontrollbehörde nur Experten befinden, die die Atomenergie befürworten. Das entspricht auch der Tatsache, dass der französische Staat als Hauptaktionär des Stromverbunds EDF und damit der AKWs wirkt und die Atomindustrie als wichtige Exportbranche betrachtet. Präsident Sarkozy trat auch mehrmals für die Errichtung von AKWs mit französischer Hilfe im arabischen Raum ein.

DANNY LEDER, PARIS